

## Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik

Die Grünen werden nur gebraucht, wenn sie die Bewahrung der Schöpfung  
konsequent zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen

von Reinhard Loske, Jörg Haas, Sascha Müller-Kraenner,  
Ingrid Nestle, Hermann Ott, Boris Palmer und Roland Schaeffer.

Seit die moderne Ökologiebewegung existiert, begleitet sie der Vorwurf, einen Hang zum Alarmismus und zur Überzeichnung von Umweltproblemen zu haben. Ob Rachel Carson den „stummen Frühling“ heraufziehen sah oder der Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ prophezeite, ob Forstleute vor dem Waldsterben, Biologen vor dem Artenschwund, Bürgerinitiativen vor der Mülllawine, Gewässerschützer vor Flüssen ohne Leben oder Atmosphärenforscher vor dem Abbau der Ozonschicht warnten, stets schlug ihnen ein Chor mit immergleicher Melodie entgegen: Es mangle an Beweisen, hieß es hier; das sei nun einmal der Preis des Wohlstands, meinte man dort. Und selten fehlte die Behauptung, ein Verlassen des gewohnten Pfades koste Geld, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze.

Man mag darüber streiten, ob die Beschwörung drohender Umweltkatastrophen in der Vergangenheit nicht hier und da eine zu hohe Tonlage hatte. Schließlich kann es nicht ewig „fünf vor zwölf“ sein. Fakt ist aber, dass realistische Negativprognosen oft erst die Bedingungen für politisches Handeln geschaffen haben: Das Ultragift DDT ist heute ebenso verboten wie der Ozonkiller FCKW, die Entschwefelung von Großfeuerungsanlagen wurde ebenso vorangetrieben wie der Bau von Kläranlagen, die Wiederverwertung von Abfällen oder die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Gewiss, viele der Maßnahmen waren und sind unzureichend, eher Schadensreparatur und Kurieren an Symptomen als wirkliche Vorsorge, jedenfalls weit weg vom Notwendigen. Dennoch wurde mancher umweltpolitische Erfolg erzielt. Vor allem die deutlich sichtbaren Probleme mit kurzen Ursache-Wirkungs-Ketten sind zurückgegangen. Diese Erfolge wären ohne starke Ökologiebewegung, kritische Forschung und erfolgreiche Grüne nicht möglich gewesen. Daraus lässt sich Selbstvertrauen ziehen.

Heute aber stehen wir vor einem Paradox: Die Konturen der wirklich großen und potenziell katastrophalen Umweltprobleme, vor allem des Klimawandels und all seiner Folgen, werden immer deutlicher. Gleichzeitig aber geraten Strategien eines weitergehenden ökologischen Strukturwandels, einer wirklich nachhaltigen Entwicklung politisch in die Defensive. Es sei doch alles gar nicht so schlimm gekommen wie prophezeit, posaunen „Ökooptimisten“ in die Welt und beglücken mit ihren Frohmutsphrasen all jene, denen anspruchsvolle Umweltziele ohnehin lästig sind. Im politischen Mainstream wird einfühlsam davon geredet, dass für den Umweltschutz ja viel getan worden sei, vielleicht sogar zu viel, weshalb dieser nun auf ein „realistisches Maß“ zurückgeführt und entbürokratisiert werden müsse. Beliebt ist auch die Behauptung, andere Länder täten auf dem Felde der Ökologie weit weniger als wir, weshalb eine „Vorreiterrolle“ sich zum handfesten Wettbewerbsnachteil, ja sogar zur Standortschwächung auswachse und ergo zu beenden sei.

Am gefährlichsten für eine anspruchsvolle Politik des ökologischen Strukturwandels ist freilich nicht der offene Angriff auf sie, er ist zu kontern, sondern der breiige Konsens, der sich um den Begriff der nachhaltigen Entwicklung gebildet hat. „Wir sind doch alle für einen vernünftigen Umweltschutz, aber er muss ausgewogen sein“, im Windschatten dieser oft zu hörenden Formulierung, die allgemeine Übereinstimmung signalisieren soll, lassen sich noch die übelsten Politikkonzepte rechtfertigen. Ein Blick auf die jüngste Politik der großen Koalition macht die Richtung dieses „Öko-Neusprechs“ überdeutlich: Das Umweltrecht solle effektiver werden, so heißt es, aber im Rahmen der Föderalismusreform wird sehenden Auges seine Zersplitterung und Schwächung betrieben. Die Landwirtschaft sei die Hüterin unserer Kulturlandschaft, kann in Regierungsbroschüren nachgelesen werden, aber die ökologische Säule der Agrarpolitik wird vorsätzlich zertrümmert. Der Klimaschutz werde ein Schwerpunkt dieser Regierung, wird verlautbart, aber der Emissionshandel, eines der wichtigsten Instrumente zu seiner Erreichung, wird faktisch als Förderprogramm für den Neubau von Kohlekraftwerken ausgestaltet. Natürlich sei der Verbraucherschutz wichtig, versichert die Kanzlerin, und lässt ihren Umweltminister und Deutschlands Industriekommissar in Brüssel aktiv gegen die verbraucherfreundliche Chemikalienrichtlinie kämpfen. George Orwell hätte seine helle Freude an dieser Art von „Schwarz-ist-weiß-Sprache“.

### **... und die Grünen?**

„Wozu werden die Grünen eigentlich noch gebraucht, wenn doch heute alle Parteien für ökologische Ziele eintreten?“ Wer Politik für die Grünen macht, kennt diese Frage, meistens vorgebracht von Journalisten, manchmal auch von politisch Interessierten, nur zu gut. Antworten fallen einem natürlich immer ein, gerade das beschriebene Auseinanderklaffen von Wort und Tat bei den anderen Parteien. Auch dass das Original allemal besser sei als die Kopie, ist nicht das schlechteste Argument. Aber sind die Grünen nicht selbst schuld, dass ihnen diese Frage überhaupt gestellt wird? Wir meinen, es gibt auch hausgemachte Gründe dafür: eine Tendenz, politische Kompromisse der eigenen Regierungszeit zur programmatischen Basis für die Zukunft zu machen; die Vorstellung, ökologische Kompetenz werde den Grünen ohnehin zugeschrieben, weshalb jetzt andere Themen an der Reihe seien; und ganz allgemein ein Mangel an Klarheit in der Analyse ökologischer Probleme und an Mut in der Problembekämpfung.

Die Grünen haben Deutschland sieben Jahre mitregiert. Und neben der gesellschaftspolitischen Modernisierung stehen große umweltpolitische Erfolge auf der Habenseite unserer Regierungsbeteiligung. Dazu kann und sollte man selbstbewusst stehen. Dennoch, vor dem Hintergrund der tatsächlichen Herausforderungen sollte bestenfalls von positiven Anfängen gesprochen werden, die nicht selten neben fortdauernden Fehlentwicklungen stehen. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich etwa wurde ein richtiger Pfad beschritten. Aber gleichzeitig gingen – staatlich unterstützt und vom sozialdemokratischen Koalitionspartner forciert – neue Braunkohlekraftwerke ans Netz, so dass der Ausstoß an Kohlendioxid praktisch nicht sank. Die fast logische Folge war, dass das ursprüngliche Klimaschutzziel der Bundesregierung weit verfehlt wurde. Über solche Inkonsistenzen konnten auch Hochglanzbroschüren mit dem Titel „Deutschland ist Weltmeister im Klimaschutz“ nicht hinwegtäuschen.

Diese Tendenz zum politischen Marketing hat sicher nicht zur Glaubwürdigkeit der Grünen und ihrer Umweltpolitik beigetragen. Es ist ja richtig, dass Deutschland in Sachen Klimaschutz einer der wenigen Einäugigen unter den Blinden ist, aber wahr ist leider auch, dass unsere Pro-Kopf-Emissionen nach wie vor die höchsten unter Europas großen

Industrienationen sind. Deshalb spricht alles für eine realistische Analyse der eigenen Regierungszeit, die das Erreichte anerkennt und das nicht Erreichte ebenso klar benennt wie die Ursachen des Nicht-Erreichens. Wir sind doch kein Verein zur Traditionspflege und zur Wahrung des rot-grünen Erbes, sondern wollen uns ernsthaft auf kommende Regierungsbeteiligungen vorbereiten, was auch selbstkritische Analysen einschließen muss!

Manche Grüne sind der Meinung, ökologische Kompetenz werde der Partei ohnehin zugeschrieben, weshalb man nun politisch zu diversifizieren habe, um vom Image der Ein-Punkt-Partei wegzukommen. Diese Einschätzung ist ein gründliches Missverständnis. Natürlich müssen die Grünen das gesamte politische Themenspektrum abdecken und tun es ja auch. Aber eine ökologische Sicht auf die Welt ist etwas ganz anderes als nur Umweltpolitik. Im Gegenteil, da wo Ökologie in den Käfig der Umweltpolitik eingesperrt bleibt, springt sie systematisch zu kurz, weil sie immer das Andere ist, das auch noch zu Berücksichtigende, das Kosten Verursachende. Es geht aber nicht primär um Umweltpolitik, sondern darum, ökologische Prinzipien konsequent in alle Politikfelder zu integrieren: von der Energie-, Verkehrs-, Agrar- und Forschungspolitik bis zur Haushalts- und Finanzpolitik. Deshalb war im Nachhinein betrachtet auch der Ausspruch unseres früheren Außenministers, es gebe keine grüne, sondern nur deutsche Außenpolitik, nur als politisches Bonmot richtig. Von der Sache her gehören Fragen wie Klimaschutz, Ressourcengerechtigkeit, der Schutz der Biodiversität oder der Zugang zu Trinkwasser selbstverständlich ins Zentrum „grüner“ Außenpolitik.

Der vielleicht entscheidende Grund, warum die Grünen in Sachen Ökologie an politischer Ausstrahlung eingebüßt haben, ist die Tatsache, dass Regierungszeiten einer schonungslosen Analyse und der Formulierung radikaler Antworten nicht eben förderlich sind. Doch auch heute klingt vieles noch sehr nach staatstragendem Mainstream. Umweltpolitische Maßnahmen werden fast durchweg als Beitrag zur Konjunkturbelebung, zur Exportförderung oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen gepriesen, so als sei die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht ein ganz und gar eigenständiges Ziel, ein Thema aus eigenem Recht. Unpopuläres wie die ökologische Steuerreform wird, obwohl erfolgreich und original „grün“, verschwiegen und nicht weiter verfolgt. Dagegen finden sich in wirtschaftspolitischen Papieren aus grüner Feder immer öfter Klagen über mangelndes Wirtschaftswachstum oder eine angeblich zu überwindende Konsumschwäche, so als existiere hier keinerlei Spannung mit Zielen wie Energieeinsparung oder Ressourcenschonung. Von Lebensstilfragen hält man, es könnte ja der Vorwurf auftauchen, man predige Konsumverzicht, weiten Abstand. Und unter keinen Umständen will man sich vorwerfen lassen, man beschwöre Katastrophen und betreibe Alarmismus. Alles muss sehr vernünftig und hochrational zugehen, denn man ist ja den Kinderschuhen entwachsen und nicht mehr grün hinter den Ohren.

### **„Neue ökologische Realpolitik“ in fundamentaler Absicht**

Das Bestreben, nirgends anzuecken, ist nicht nur unzeitgemäß. Es macht die Grünen auch grau. Andere trauen sich da mehr. In seinem neuen Buch „An Inconvenient Truth“ empfiehlt Al Gore als wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel: Konsumieren Sie weniger, kaufen Sie langlebige Güter, gehen Sie mehr zu Fuß und fahren Sie mit dem Rad, fliegen Sie weniger. Sind das nicht eigentlich Sätze, die in grünen Parteiprogrammen ganz oben stehen müssten? Und wie ist das mit dem Alarmismus? Der kommt doch heute nicht mehr aus Wohngemeinschaften und von Ökofreaks, sondern aus Großrechnern, Forschungsinstituten und der Realität. Liest man, was das Intergovernmental Panel on Climate Change zum Klimawandel sagt, das Millennium Ecosystem Assessment zur Bedrohung der Biodiversität oder der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen zum Zustand der Meere, dann muss man sehr, sehr alarmiert sein und sollte das auch sagen. Wenn das TIME Magazine

zum Klimawandel titelt: „Be worried, be very worried.“, dann muss kein Umweltschützer und kein Grüner Angst davor haben, als katastrophener Verlierer zu gelten. Die drohenden oder schon stattfindenden Entwicklungen sind die Katastrophen, nicht der Hinweis auf sie oder die Forderung, ihnen mit aller Macht entgegenzutreten.

Die Grünen müssen, wollen sie Politik auf Augenhöhe der ökologischen Herausforderungen machen, wieder deutlicher sagen, was ist, was werden könnte, wenn nicht gehandelt wird, und was zu tun ist. Man mag das Re-Radikalisierung nennen, weil die zum Klimaschutz notwendigen Schritte in der Tat weit über das hinausgehen, was heute diskutiert wird. Wir bevorzugen es, von einem neuen Realismus in der Ökologiepolitik zu sprechen, weil die Annahmen, die bisher gemacht wurden, nicht realistisch waren.

Es ist unrealistisch, den Klimawandel in vertretbaren Grenzen halten zu wollen, ohne die Verbrennung fossiler Energieträger drastisch zu reduzieren und in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zu beenden. Es ist unrealistisch, in Zukunft den Ressourcenbedarf für alle Menschen zu sichern, wenn der Pro-Kopf-Verbrauch in den Industriestaaten nicht schnell und deutlich reduziert wird. Es ist unrealistisch, die biologische Vielfalt der Welt zu bewahren, wenn die Land- und Forstwirtschaft nicht wesentlich naturschonender betrieben wird.

Realistisch ist, dass das Vertraute nur bleiben kann, wenn sich alles ändert. In diesem Sinne ist eine „Neue Ökologische Realpolitik“ in fundamentaler Absicht erforderlich, deren wichtigster politischer Träger die Grünen sein können, wenn sie es denn wollen. Ob die Alternative, ein wohlige Bauchladenprogramm mit „Öko-light“-Angebot plus Dosenpfand, wirklich eine ist, soll hier nicht diskutiert werden. Mag sein, dass auch eine solche Partei für „acht Prozent plus x“ gut wäre, eine treibende Kraft wäre sie nicht mehr.

## **Klimawandel als hartes Thema**

In weiten Teilen unserer Gesellschaft herrscht noch immer die Wahrnehmung vor, Ökologie sei eine Art Wohlstandsthema, das man sich leisten könne, wenn die wirtschaftliche Situation es zulässt. Das ist falsch. Die Gratisleistungen, die uns von der Natur gewährt werden, ein stabiles Klima, produktive Böden, gutes Wasser, saubere Luft und biologische Vielfalt, bilden die Grundlagen unserer Existenz, sind das Fundament, auf dem unsere Zivilisation und unsere Kultur fußen. Erodiert dieses Fundament, ist auch mit harten Konsequenzen für uns Menschen zu rechnen – bis hin zum Systemkollaps. Dieser Zusammenhang lässt sich am deutlichsten anhand des drohenden Klimawandels verdeutlichen.

Im menschengemachten Treibhauseffekt spiegeln sich die allermeisten Fehlentwicklungen der modernen Zivilisation: die exzessive Verbrennung von Kohle, Öl und Gas in Häusern, Autos, Kraftwerken und Fabriken, also die Umwandlung von gespeichertem Kohlenstoff in klimaschädliches Kohlendioxid, die Rohstoffgewinnung und die Industrialisierung mit ihren hohen Energieverbräuchen, die Intensivierung und Chemisierung der Landwirtschaft, die Massentierhaltung und der hohe Fleischverbrauch und die Umwandlung von Wald und Buschland in Weide- und Ackerland. Die drohende Klimakatastrophe ist deshalb so etwas wie die „Summe aller Fehler“. Diese Fehler, die vor allem in den Industriestaaten begangen wurden und werden, werden nun von den Entwicklungsländern kopiert, allen voran von China, Indien und Brasilien – mit verheerenden Folgen für unsere Erde.

Die menschengemachte Klimaänderung ist keine abstrakte Bedrohung in ferner Zukunft mehr. Sie hat längst begonnen und vollzieht sich schneller als Wissenschaftler noch vor fünf Jahren vermutet haben. Die neun wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung im Jahre 1861 liegen zwischen 1995 und 2005, darunter jedes Jahr seit 2001. Das Jahr 2005 war das bisher wärmste – und ein Jahr vieler weiterer „Rekorde“: Es gab 27 tropische Stürme über dem Atlantik, davon 15 mit der Stärke eines Hurrikans, „Wilma“ war der stärkste, der jemals gemessen wurde, „Katrina“ verursachte die höchsten Folgekosten, die jemals anfielen, und mit „Vince“ und „Delta“ erreichten tropische Wirbelstürme erstmals Europa. 2005 trat zudem die schlimmste Dürre seit mehr als sechzig Jahren im Amazonasbecken auf, es gab starke Überschwemmungen in Mitteleuropa und in den Alpen und Waldbrände in Südeuropa.

Die Gletscher der Anden, der Rocky Mountains, des Himalaja, der Alpen und des Kilimandscharo sind in den letzten Jahren in rasender Geschwindigkeit geschrumpft. Bereits 85 Prozent aller Gletscher sind hiervon betroffen. Dies wird dramatische Folgen für die großen Flüsse, die menschliche Wasserversorgung und die Landwirtschaft haben. Vor allem in den großen Metropolen Asiens werden Engpässe in der Trinkwasserversorgung zu einem großen Problem werden.

In weiten Teilen Afrikas ist mit einem weiteren Rückgang von Niederschlägen, also einer Ausbreitung der Wüsten, dem Schrumpfen von Süßwasserreservoirs und armutsbedingten Völkerwanderungen zu rechnen. Die Ankunft von afrikanischen Flüchtlingen an Europas Küsten wird auch durch diese Entwicklung zunehmen.

Lang ist die Reihe der wissenschaftlich beschriebenen Folgen des menschengemachten Klimawandels. Sie umfasst das Auftauen der Permafrostböden in den hohen nördlichen Breiten, die Bedrohung der biologischen Vielfalt in sehr vielen Lebensraumtypen, die Ausbreitung von wärmeliebenden Krankheitsüberträgern wie Moskitos, Zecken oder Tsetsefliegen, das Korallensterben und die Algenblüte durch eine Erwärmung der Weltmeere, die Unterbrechung der ozeanischen Pumpe, die Westeuropa heute noch ein mildes Klima beschert, oder den Anstieg des Meeresspiegels mit seinen verheerenden Folgen für menschliche Siedlungen, küstennahe Infrastrukturen und landwirtschaftliche Nutzflächen. Mit einem „Weiter wie bisher“ drohen weltweit katastrophale Folgen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Wenn die globale Erwärmung die Marke von 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Temperaturniveau überschreitet, etwa 0,8 Grad Celsius sind in den letzten einhundert Jahren bereits eingetreten, droht das unumkehrbare Abschmelzen der polaren Eismassen in Grönland und der Antarktis, verbunden mit einem Meeresspiegelanstieg um mehrere Meter, wenn auch verteilt über einen längeren Zeitraum. Dann könnten auch einmalige Ökosysteme absterben, etwa der Amazonas-Regenwald mit seiner einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen lässt sich der drohende Klimawandel nicht mehr als weiches Thema behandeln. Wenn, wie üblich, als „hart“ die Fragen des wirtschaftlichen Wohlstandes und der globalen Sicherheit bezeichnet werden, dann ist er sogar ein sehr hartes Thema. Er ist wahrscheinlich sogar das Thema, das die Menschheit in wenigen Jahrzehnten mehr bedrücken wird als jedes andere, wenn nicht endlich konsequent gehandelt wird. Nimmt man die Prognosen der Klimaforschung ernst, sind die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre für ein Umsteuern entscheidend. Wir schlagen deshalb vor, dass die Grünen als Partei der Ökologie den Klimaschutz konsequent in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen und alle Politikfelder systematisch an diesem Ziel ausrichten.

## **Klimaschutz als moralische Verpflichtung und wirtschaftliche Chance**

Klimaschutz ist Daseinsvorsorge im ursprünglichen Wortsinne. Er ist eine moralische Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen und ärmeren Teilen der Weltbevölkerung, die nicht oder kaum zur Verursachung des Problems beitragen, aber massiv unter den Folgen unterlassenen Klimaschutzes leiden. Klimaschutz lässt sich aber auch als eine erfolgversprechende Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung formulieren: Wer Klimaschutz betreiben will, muss Energie sparen, effizienter nutzen und zunehmend auf der Basis erneuerbarer Quellen bereitstellen, Häuser, Fahrzeuge und Betriebe mit mehr Energieintelligenz ausstatten, Produkte und Infrastrukturen ressourcenleichter herstellen und betreiben, die Landwirtschaft vom Konsumenten fossiler Energie zum Produzenten von Bio-Energie und Bio-Rohstoffen machen, der Forstwirtschaft neue Perspektiven als Holzlieferantin und (bezahlte) Kohlenstoffsenke geben und dem Handwerk einen „grünen“ Boden bereiten.

Man muss kein Anhänger ewigen Wirtschaftswachstums sein, um zu erkennen, dass eine solche Strategie des Klimaschutzes ökonomische Dynamik erzeugen und netto Arbeitsplätze schaffen würde. Wir gehen davon aus, dass die große Mehrzahl der Bevölkerung, ob als Handwerkerin oder Industriearbeiter, Ingenieurin oder Landwirt, Lehrerin oder Verkehrsplaner, Hausbesitzerin oder Mieter in Sachen Klima lieber Teil der Lösung als Teil des Problems sein will. Sie alle sind deshalb Adressaten und potenzielle Unterstützer einer Partei, für die Klimaschutz konsequent an erster Stelle steht.

Für Grüne muss die Begrenzung des Klimawandels und die schnellstmögliche Reduzierung schädlicher Klimagase Vorrang haben. Aber wir haben das Problem schon so weit vorangetrieben, dass es selbst dann, wenn fortan konsequenter Klimaschutz betrieben würde, noch zu Klimaveränderungen kommen wird. Wir müssen deshalb auch über Anpassungen an veränderte Klimabedingungen reden, um die schädlichen Folgen in Grenzen zu halten. Das betrifft den Küstenschutz ebenso wie die Flüsse, denen mehr Rückzugsraum gegeben werden muss statt sie immer weiter zu kanalisieren. Das betrifft die versiegelte Fläche, die deutlich zu begrenzen und wo immer möglich zu entsiegeln ist, damit die Böden das Niederschlagswasser besser aufnehmen können. Das betrifft die Naturschutzflächen, die deutlich auszuweiten und zu vernetzen sind, damit Arten, die durch den Klimawandel unter Stress geraten, Regenerationsräume finden. Und es betrifft die Landwirtschaft, die flächendeckend auf naturschonende Verfahren umzustellen ist, um Bodenverdichtung und schnelle Wasserableitung zurückzuführen.

Die Anpassung an Klimaveränderungen, als Thema von Umweltschützern und Grünen lange gemieden, weil das so sehr nach einer Kapitulation vor dem Klimawandel klang, gehört heute unzweifelhaft in das Repertoire einer anspruchsvollen Klimapolitik. Wer sich aber die immensen Kosten einer Anpassung an drastische Klimaveränderungen vor Augen führt, etwa eines Rückzugs küstennaher Städte wie Hamburg, der wird den finanziellen Aufwand für mehr Klimaschutz nicht mehr als Belastung sehen, sondern als gute Investition.

## Verbindliche Ziele erforderlich

Damit die Erfolge einer Politik des Klimaschutzes und des ökologischen Strukturwandels messbar werden, halten wir ein Set an klaren Zielen für dringend erforderlich, national wie international. Wir schlagen folgende Ziele vor:

- **Klimaschutz weltweit:** Im Kioto-Protokoll sollen sich die Industriestaaten verpflichten, ihre Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 um durchschnittlich 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Gleichzeitig sind die Schwellen- und Entwicklungsländer mit Emissionsobergrenzen schrittweise in den internationalen Klimaschutzprozess einzubinden, da ansonsten mit einem Temperaturanstieg von über 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu rechnen ist. Ziel muss es sein, den globalen Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 um mindestens 60 Prozent zu reduzieren.
- **Klimaschutz in der EU:** Der Ausstoß an Treibhausgasemissionen soll in der Europäischen Union bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden, um einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der globalen Klimaschutzziele zu leisten, für 2020 sollte eine Reduktion von 30 Prozent festgeschrieben werden.
- **Klimaschutz in Deutschland:** Der Deutsche Bundestag hat mehrmals das Ziel formuliert, den Ausstoß an Treibhausgasen in der Bundesrepublik bis 2050 um 80 Prozent zurückzuführen. Dieses Ziel betrachten wir als Mindestziel. Als die Nummer 1 bei den erneuerbaren Energien hätte Deutschland aber auch das Potenzial, bis 2050 komplett oder doch weitestgehend aus dem fossilen Energiesystem auszusteigen und kohlendioxidfrei zu sein. Den energiehungrigen Entwicklungsländern würden wir ein Vorbild sein, und unserer technologieorientierten Exportwirtschaft würde ein solcher Weg auch gut tun. Als Etappenziele auf diesem Weg schlagen wir für die Treibhausgasemissionen minus 40 Prozent bis 2020 vor. Beim Klimaschutz müssen wir größer denken als bisher: „Think big!“
- **Erneuerbare Energien und Energieeffizienz:** Um den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergiebedarf zügig in relevante Größenordnungen zu heben, ist es notwendig, den Verbrauch durch eine intelligentere Nutzung von Energie zu senken. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor bis 2020 auf 25 Prozent bringen. Um das zu erreichen und gleichzeitig den Atomausstieg, eine signifikante Schrumpfung des Kohleeinsatzes und eine Verminderung des Ölbedarfs zu gewährleisten, muss die gesamtwirtschaftliche Energieeffizienz um jährlich 3 bis 4 Prozent verbessert werden.
- **Bessere Autos:** Um den Ausstoß klimaschädlicher Gase im Verkehrsbereich zu senken, plädieren wir für Flottenverbrauchsobergrenzen. Da die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, obwohl wenig ambitioniert, nicht eingehalten wurde, bleibt nur der Weg einer vernünftigen Regulierung auf europäischer Ebene. Wir halten einen Zielwert von 70g CO<sub>2</sub> je km im Jahre 2020 für notwendig und machbar. Dabei sollen die Automobilhersteller und die Mineralölwirtschaft gemeinsam in die Pflicht genommen werden.
- **Bessere Häuser:** In keinem Bereich wird heute so viel Energie verschwendet wie im Gebäudesektor. Durchschnittlich werden hier noch immer 15 Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr verbrannt. Wir schlagen vor, dass für Neubauten in Zukunft

ein Heizenergieverbrauch von umgerechnet einem Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr als Standard verpflichtend wird. Im Altbaubestand wollen wir durch eine Mischung aus Ordnungsrecht und Förderinstrumenten erreichen, dass der zulässige Heizenergieverbrauch bis 2020 auf höchstens 5 Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr sinkt. Das entspricht dem heutigen Standard für Niedrigenergiehäuser.

- **Weniger Versiegelung und Zerschneidung:** Wir wollen den Flächenverbrauch und die Flächenzerschneidung deutlich begrenzen, auch um den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Der Flächenverbrauch soll von heute über 100 Hektar pro Tag bis 2030 auf maximal 20 Hektar gesenkt werden. Weitere Flächenzerschneidung soll durch einen weitgehenden Stopp des Straßenneubaus und eine Umorientierung auf den vorhandenen Straßenbestand vermieden werden.
- **Mehr und besserer Naturschutz:** Zentral ist für uns das Ziel, eine umweltverträgliche Landwirtschaft auf der Gesamtfläche zu realisieren. Das ist der denkbar größte Beitrag zum Naturschutz und ein relevanter Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen aber auch mindestens 10 Prozent der Landesfläche dauerhaft für Naturschutz reservieren und auf hohem Qualitätszustand erhalten. Es soll ein vitaler Biotopverbund entstehen, der die Wanderung der Arten erleichtert. Das setzt eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder oder des Grünlandes voraus und sollte mit Tourismus- und Regionalentwicklungsprojekten in Einklang gebracht werden.
- **Weniger Lärm:** Wir wollen bis 2030 erreichen, dass mindestens achtzig Prozent der Bevölkerung ein lärmarmes, ruhiges Wohn- und Lebensumfeld mit hochwertigen Naturräumen für Erholung, Spiel und Freizeit genießen können. Lebensqualität ist der wichtigste Standortfaktor für Deutschland und darf nicht nur einkommensstarken Bevölkerungsgruppen vorbehalten sein.

### **Projekte mit Strahlkraft**

So wichtig quantitative Reduktions- oder Wachstumsziele für den Klimaschutz sind, so wenig sind sie doch geeignet, Strahlkraft zu entfalten oder positive Handlungsenergie zu erzeugen. Dazu bedarf es praktischer Vorschläge, die erahnen lassen, in welche Richtung es gehen soll, ohne dass man jedes Detail kennen muss.

Als die Grünen 1998 im Wahlkampf standen, hatten sie ökologische Projekte, die jeder kannte, jede Wahlkämpferin, jeder Bürger, Projekte, über die sich trefflich streiten ließ: den Atomausstieg, die Ökologische Steuerreform, die Förderung der erneuerbaren Energien. Fragt man heute nach den drei Projekten, die die Grünen sich vorgenommen haben, würde es darauf wahrscheinlich ein Dutzend oder mehr unterschiedliche Antworten geben. Die Arbeit der Zuspitzung, der Übertragung von Grundideen in ansprechende Politikprojekte, muss also noch geleistet werden. Wir werben für folgende Projekte:

**Vorfahrt für Energieeinsparung:** Für die erneuerbaren Energien wurde zwischen 1998 und 2005 sehr viel erreicht. Die riesigen Potenziale der Energieeinsparung hingegen sind bis heute völlig unzureichend genutzt – die Ökosteuer und das Altbauanierungsprogramm waren allenfalls erste Schritte. Dabei ist Energieeinsparung ein in jeder Hinsicht wichtiger Baustein für den Klimaschutz: Wer keine Energie verbraucht, trägt nichts zum Klimawandel bei. Wer Energie spart, spart auch Kosten, was in Zeiten explodierender Öl-, Gas- und Strompreise nicht das unwichtigste Argument sein

dürfte, gerade für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, denen Energiearmut droht. Und je schneller der Energieverbrauch insgesamt zurückgeht, desto leichter wird es, den Anteil erneuerbarer Energien in relevante Größenordnungen zu heben.

Auch gesamtwirtschaftlich hat die Energieeinsparung enorme Vorteile, denn faktisch ist sie ja nichts anderes als der Ersatz von teuren Öl- und Gasimporten durch Ingenieursverstand, Handwerksleistungen und Industrieproduktion. Dass Energieeinsparung auch die außenpolitische Verwundbarkeit senkt, rundet die vielen Pro-Argumente nur noch ab. Darüber, wie sich Vorfahrt für Energieeinsparung auf politisch überzeugende Weise durchsetzen lässt, muss viel mehr nachgedacht und geredet werden.

Die allermeisten Maßnahmen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes kommen dem Handwerk und dem Mittelstand zugute: von der Gebäudesanierung über die Heizungsanlagenmodernisierung bis zum Sonnenkollektor und zur Photovoltaikanlage. Wir plädieren deshalb für eine Kampagne „Handwerk hat grünen Boden“, in der systematisch die große Bedeutung dieses Sektors für den ökologischen Strukturwandel herausgearbeitet wird.

**Kioto plus:** Das Kioto-Protokoll, seit Februar 2005 endlich in Kraft, ist heute von zwei Seiten unter Druck: von Seiten derer, die jede Art von Klimaschutz torpedieren und es am liebsten US-Präsident Bush gleichtäten, der das Kioto-Protokoll für tot erklärt hat; und von Seiten derer, denen das Vertragswerk zu lasch ist, weil es zunächst nur moderate Ziele vorsieht und viele Schlupflöcher lässt. Für die Grünen ist diese Zangenbewegung nicht unproblematisch, weil sie als Partei, die an multilaterale Lösungen glaubt, stets für das Inkrafttreten des Kioto-Protokolls gekämpft haben. Gleichzeitig aber wissen wir, dass es nur einen ersten und äußerst zaghaften Schritt darstellt. Diesem Dilemma soll mit einer offensiven Strategie begegnet werden, die die Marke „Kioto“ übernimmt, aber mit anspruchsvollerem Inhalt füllt. „Kioto plus“ soll einerseits die Architektur des Protokolls beibehalten und weiterentwickeln, vor allem die verbindliche Setzung von Reduktionszielen für Treibhausgase, aber gleichzeitig geöffnet werden für Technologieoffensiven, die Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zum Inhalt haben. Warum nicht ein finanziell großzügig ausgestattetes Klimaprogramm der EU, das sich analog zur Mondmission der Amerikaner etwas ganz Großes vornimmt: die Lösung des menschengemachten Klimaproblems? Wenn wir es nicht tun, tun es vielleicht nach 2009 die Amerikaner oder früher oder später die Chinesen. Unsere Spitzenstellung in Umwelttechnologien wird nicht automatisch und ewig Bestand haben, wenn wir diese nicht immer wieder aufs Neue unter Beweis stellen.

**Globale Ressourcengerechtigkeit:** Auch wenn China, Indien oder Brasilien sich seit geraumer Zeit und in atemberaubender Geschwindigkeit industrialisieren, so liegt die Hauptverantwortung für den Klimawandel doch nach wie vor bei den westlichen Industriestaaten. Sie sind es, die pro Kopf das drei-, vier- oder gar zehnfache dessen an Kohlendioxid ausstoßen, was die bevölkerungsreichen Entwicklungsländer in die Atmosphäre entlassen. Diese Asymmetrie muss politisch bearbeitet werden: Wenn die Industrieländer nicht wollen, dass die Entwicklungsländer sich in gleicher Weise am Klima vergehen wie sie selbst, dann heißt das zweierlei: Zum einen richtet sich der Veränderungsdruck primär an die Industrieländer selbst, die ihren Nutzungsdruck auf die globale Umwelt zurücknehmen müssen. Zum anderen sollten die Industriestaaten in den internationalen Beziehungen, im Rahmen der Umweltabkommen, der Handelsabkommen, der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Finanzinstitutionen, ihrer moralischen Verpflichtung nachkommen, Armutsbekämpfung und Umweltschutz

gleichermaßen zu fördern. Ansonsten droht der Klimawandel alle Erfolge der Entwicklungshilfe zunichte zu machen. Diesem Pochen auf globale Gerechtigkeit müssen die Grünen eine politische Stimme geben.

**„Bioenergie ja, aber bitte grün“:** Derzeit gibt es einen regelrechten Hype in Sachen Bioenergien. Von Biodiesel über kalt gepresste Pflanzenöle bis zum gepriesenen BTL-Kraftstoff (Biomass to Liquid) der Zukunft. Wir halten es für sinnvoll, dass Bioenergien neben dem Strom- und Wärmemarkt zukünftig auch im Verkehrssektor einen Bedeutungszuwachs erfahren und sehen noch riesige Potenziale, gerade in der regionalen Erzeugung und Verarbeitung. In Kombination mit sparsameren Fahrzeugen kann diese Strategie zu einer höheren Klimaverträglichkeit des Verkehrssektors beitragen. Wir sehen aber auch die Probleme eines großformatigen Einstiegs in den Anbau von Energiepflanzen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass der vermehrte Einsatz von Biokraftstoffen zu höherem Pestizid- und Mineraldüngereinsatz und zu einer Ausdehnung von Monokulturen führt. Dann wäre die ökologische Gesamtbilanz nämlich negativ. Der Anbau von Energiepflanzen muss mit Maßnahmen der Bodenverbesserung und des Naturschutzes verbunden werden.

In tropischen Ländern besteht die Gefahr, dass der Anbau von Energiepflanzen zur massiven Rodung von Primärregenwald führt. Das ist zum Teil schon heute so, etwa in Brasilien, Indonesien und Malaysia. Hier kommt es durch Energieplantagen auch nicht selten zur Zerstörung der Lebensgrundlagen für Teile der ländlichen Bevölkerung. Wir machen uns etwas vor, wenn wir diese Bioenergie per se als grüne Energie bezeichnen. Sie ist es nicht.

Wir halten die nachhaltige Nutzung von Bioenergie vor allem im regionalen Verbund für sinnvoll, bei uns wie in den Ländern des Südens. Für international gehandelte Bioenergie muss ein Zertifizierungssystem nach ökologischen Kriterien entwickelt werden, weil unser Autoverkehr ansonsten zu einem der Haupttreiber der Regenwaldzerstörung würde – so wie es heute bereits unser hoher Fleischkonsum ist, der eine der wesentlichen Ursachen für die permanente Ausdehnung des Sojaanbaus in Tropenländern wie Brasilien ist.

**„Grüne Infrastrukturen für jede und jeden“:** In den beiden kommenden Dekaden steht in Deutschland eine gigantische Welle von Investitionen im Bereich der netzgebundenen Infrastrukturen an, im Kraftwerksbereich, in der Wasserver- und Abwasserentsorgung, in den Schienennetzen. Dieses Fenster der Möglichkeiten wollen wir für eine ökologische Investitionsoffensive nutzen. Geschieht das nicht, sind die Strukturen bis Mitte des Jahrhunderts zementiert und können keinen Beitrag zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Vor allem im Stromsektor wollen wir sicherstellen, dass die große Zahl der von Netz gehenden Kraftwerke umweltverträglich ersetzt wird: durch das Stromsparen und das Überflüssigmachen von Kraftwerken, durch erneuerbare Energien, moderne Kraftwerke mit hohen Wirkungsgraden, Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen. Klimaverträglichkeit und Dezentralität sind für die Energieversorgung der Zukunft entscheidende Maßstäbe.

Zugangsgerechtigkeit ist für uns der Schlüssel zu sozialer Teilhabe. Das gilt nicht nur für die Bildung, sondern auch für die öffentlichen Infrastrukturen. Wir wollen, dass der Zugang zu Energie, Wasser und Mobilität für jede und jeden zu fairen und ökologisch wahrhaftigen Preisen garantiert wird.

**ÖkoMobil:** Der Verkehr in Deutschland „verbraucht“ 80 Prozent des Öls und 45 Prozent der Siedlungsfläche. Er ist damit eines der größten Umweltprobleme überhaupt. Um den Erfordernissen des Klimaschutzes, der Knappheit des Rohöls und des Faktums endlicher Freiflächenreserven gerecht zu werden, muss der Ölbedarf für Mobilität drastisch gesenkt und in den nächsten fünfzehn Jahren eine Verlagerung von mindestens 20 Prozent des Autoverkehrs auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel erreicht werden. Um den Energieverbrauch zu senken, schlagen wir verbindliche Flottenverbrauchsbegrenzungen, den Einsatz von Biotreibstoffen aus umweltverträglicher Landwirtschaft und ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen vor. Die Kombination dieser Maßnahmen würde im Ergebnis leichteren Fahrzeugen mit neuen Antriebstechniken den Markt ebnen und die Innovationskraft eines der wichtigsten Industriezweige endlich in eine umweltverträgliche Richtung lenken.

Das Straßennetz in Deutschland ist so eng geflochten, dass bis auf geringfügige Ausnahmen kein Zubaubedarf mehr besteht. Im Straßenverkehr soll vom Neubau auf die Bestandspflege und -verbesserung übergegangen werden, um die Qualität des vorhandenen Netzes zu sichern.

Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen in den kommenden fünfzehn Jahren drastisch verbessert werden. Die Beispiele von London und Stockholm zeigen, dass der mit Abstand erfolgreichste Weg für rasche Verlagerungen des Automobilverkehrs auf Bus und Bahn die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren ist. Wir schlagen deshalb die Schaffung einer bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage für die Einführung von City-Maut-Modellen vor. Dabei muss festgelegt werden, dass die Nettoeinnahmen aus einer City-Maut der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zufließen. Alternativ soll in polyzentrischen Ballungsräumen auch eine Nahverkehrsabgabe erhoben werden. Durch einen Kopfbetrag, der für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs finanziert werden muss, erhalten alle Einwohner eines Verkehrsgebiets ein persönliches Guthaben für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, das am Jahresende verfällt. So entstehen neue Anreize für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Wenn diese Maßnahmen durch eine kluge Mobilitätspolitik flankiert werden, die Intermodalität, neue Nutzungsformen des Autos, die Förderung des Rad- und Fußverkehrs mit verkehrssparender Siedlungspolitik verbindet, können die ökologischen Ziele anders als in der Vergangenheit auch im Verkehrsbereich erreicht werden.

**„Mehr Wildnis wagen“:** Wir plädieren dafür, dass mindestens 10 Prozent der Flächen in Deutschland unter Naturschutz gestellt und miteinander verbunden werden. Das werden zu einem guten Teil Flächen sein, die nachhaltig bewirtschaftet werden müssen. Wir wollen aber auch mehr Wildnis wagen. Wir freuen uns darüber, dass der Luchs, die Wildkatze, der Wolf und der Braunbär nach Deutschland zurückkehren und wir heißen sie hier willkommen. Wir plädieren für eine friedliche Koexistenz von Mensch und Tier, was aber Rückzugsräume für die Wildtiere erfordert. Statt Panik vor Problembären zu schüren, wollen wir Aufklärung und wo nötig auch Schadensregulierung. Eine solche Koexistenz ist gut für uns und unsere Kinder, denn sie schärft das Verständnis dafür, dass wir nicht allein auf der Welt sind. Aber sie ist auch notwendig, um international glaubwürdig für mehr Artenschutz eintreten zu können. Wie soll in der Bevölkerung des dicht besiedelten Bangladesch dafür geworben werden, den Tiger zu schützen, wenn hierzulande gleich jeder Bär niedergestreckt wird, der sich an einem Kaninchenstall zu schaffen macht?

## **Die Grünen brauchen eine Diskussion über die Zukunft der Ökologiepolitik**

Die von uns vorgeschlagenen Projekte sind mögliche Projekte, nicht die einzigen denkbaren. Vielleicht gibt es bessere Ideen. Wir wundern uns darüber, dass innerhalb der Grünen über alles Mögliche heftig diskutiert und gestritten wird, aber praktisch nie über die Ökologiepolitik. Auch hier wirkt eine falsche Selbstgewissheit, die da lautet: „Ach ja, auf diesem Felde sind wir uns ja alle einig, und man hält uns ja auch für kompetent.“ Eine solche Haltung ist in doppelter Hinsicht fragwürdig. Zum einen ist es langweilig, wenn man nur deklamiert und nicht diskutiert. So holt man niemanden hinter dem Ofen hervor oder begeistert ihn oder sie für Politik. Zum anderen ist es aber auch falsch. Es gibt eine Fülle von Fragen, die in Wahrheit höchst kontrovers sind und heute unter einer Scheinharmonie begraben liegen: Sind permanentes Wirtschaftswachstum, Globalisierung und Klimaschutz überhaupt vereinbar? Brauchen wir nicht einen viel fundamentaleren Kultur- und Lebensstilwandel als die wohlige Sprache der „ökologischen Modernisierung“ suggeriert? Oder ist nicht gerade ein neuer Technikoptimismus erforderlich, der die ökologische Herausforderung als faszinierende Chance gesellschaftlicher Modernisierung begreift? Setzen wir eigentlich selbst immer die richtigen Schwerpunkte oder ist manches nicht auch symbolische Politik, letzten Endes harmlos? Wie gehen wir eigentlich mit inner-ökologischen Zielkonflikten um: dem zwischen Bioenergie und Biodiversität, dem zwischen Landschaftsschutz und Windkraft, dem zwischen der Kreislaufwirtschaft und der Schadstoffakkumulation? Wie halten wir es eigentlich mit Technologien, die unseren Idealen nicht entsprechen, aber potenziell zum Klimaschutz beitragen könnten, etwa der Kohlenstoffabscheidung in Kohlekraftwerken? Wie wollen wir eigentlich ökologische und soziale Ziele so verknüpfen, dass sie sich wechselseitig stärken? Es gibt viele Fragen, über die geredet werden muss. Sie zu verschweigen, wäre den Grünen nicht gemäß.

Es wäre für die Grünen gut, wenn sie sich in einem Forum systematisch und dauerhaft mit den Fragen des Klimaschutzes, des ökologischen Strukturwandels und der nachhaltigen Entwicklung befassen würden. Wer für sich beansprucht, die Partei des Klimaschutzes zu sein, der muss das auch in der innerparteilichen Diskussionskultur zum Ausdruck bringen. Dies muss innerhalb der nächsten zwei Jahre dazu führen, die Rolle der Ökologie bei den Grünen zu durchdenken und neu zu definieren. Nur so können wir glaubwürdig bleiben und gegen die pessimistische Haltung anarbeiten, der Klimawandel sei ohnehin nicht mehr zu verhindern. Für einen neuen und radikalen Realismus in der Ökologiepolitik. Dafür plädieren wir entschieden.